Ostseezeitung, 19.09.2016

Lambrechtshäger gegen Windräder

mpörung auf Einwohnerversammlung über Pläne für zwei Anlagen / Widerstand gemeinsam mit Kritzmow

Von Axel Büssem

echtshagen. Nun auch die echtshäger: Nachdem sich tzmower gegen die beiden ten Windräder in Groß ß ausgesprochen haben, wol- n auch die Bürger der Nach- neinde wehren. Am Freitag rund 50 zu einer Einwohner- mlung, um sich über das zu informieren. Dabei en die Anwesenden klar: los wollen sie die Windräder nige Meter jenseits der Ge- egrenze nicht hinnehmen.

Firma M&M Erneuerbare e will in Groß Schwaß zwei Meter hohe Windräder bau- sgewiesen sind die Anlagen suchsprojekt: Mit ihnen soll mmenarbeit mit der Uni Ros- ie Kopplung von Energie- Wärmeproduktion getestet n (die OZ berichtete). Doch diesen Pilotcharakter, der u auch außerhalb von Wind- gsgebieten erlauben wür- eifeln auch die Gegner des s in Lambrechtshagen an. n zum einen sind weder die ider noch die eingesetzte etechnologie neu. Lediglich die Kombination aus beidem soll erprobt werden. Und zum anderen sollen nur 15 Prozent der produzierten Energie in Wärme umgewandelt werden. Der Rest fließt als Strom ins Netz und soll so das Projekt finanzieren. „Warum baut man nicht eine kleine Anlage, die dann ausschließlich Wärme produziert?", fragt ein Anwohner.

Empört ist auch Olaf Bleeck (60): „Es gibt einen Beschluss der Gemeinde, dass wir das nicht wollen. Und nun sollen die Windräder durch die Hintertür unter dem Deckmantel der Forschung doch gebaut werden. Das ist eine Frechheit."

Auch Lambrechtshagens Bürgermeister Holger Kutschke (CDU) ist der Ärger über das Projekt anzumerken. „Unsere Gemeinde wird an der Planung nicht beteiligt, obwohl die Windräder gefühlt zwei Meter hinter der Gemeindegrenze entstehen sollen." Er kündigte an, den Bürgerprotest – etwa in Form einer Bürgerinitiative – unterstützen zu wollen. Gleichzeitig betonte er aber auch: „Es wird schwer sein, das Projekt noch zu kippen." Die Gemeinde habe eine Anwaltskanzlei beauftragt, um die rechtlichen Möglichkeiten auszuloten.

Fast eine Stunde wurde ausschließlich über die genehmigungsrechtlichen Fragen diskutiert. Erst dann stellte die erste Teilnehmerin eine Frage zu den Auswirkungen der Windräder, die nur wenige hundert Meter entfernt von der nächsten Wohnbebauung entstehen sollen, was auf einer von Bürgermeister Kutschke verteilten Karte deutlich wurde. Darauf sind Radien von 800 und 1000 Meter eingezeichnet, die sich mit der Straße Bauernreihe überschneiden. „Was bedeutet das konkret?", fragte Birgit Runge (63), die für die Linkspartei in der Gemeindevertretung sitzt. Kutschke antwortete: „Stellen Sie sich mal in Stäbelow 500 Meter neben eine Windkraftanlage, dann wissen Sie es."

Runge gibt das zu denken: „Wir brauchen alle Strom, aber keiner sagt, wo er herkommen soll. Ich denke schon, dass wir erneuerbare Energie brauchen, aber ich habe den Eindruck, dass hier der Bürger ausgetrickst werden soll."

Hoffnung machte den Anwesenden der Verweis auf den Umweltschutz, der das Projekt möglicherweise noch stoppen könnte. „Die Fläche, auf der die Windräder gebaut werden sollen, liegt direkt am Waldrand. Und in dem Waldstück gibt es mehrere Brutplätze des Roten Milan", sagte Anwohner Matthias Wendt (54). Zum Schutz der seltenen Greifvögel habe etwa die Straße Bauernreihe einst nicht verlängert werden dürfen.

„Die Fläche liegt direkt am Waldrand. In dem Wald gibt es mehrere Brutplätze des Roten Milan."

Matthias Wendt (54), Lambrechtshagen

„Ich habe den Eindruck, dass hier der Bürger ausgetrickst werden soll."

Birgit Runge (63), Lambrechtshagen

„Die Windräder sollen durch die Hintertür gebaut werden. Das ist eine Frechheit."

Olaf Bleeck (60), Lambrechtshagen

Investor will am Standort in Groß Schwaß eine Modellsituation schaffen

Die Firma M&M Erneuerbare Energie will nach eigenen Angaben eine Modellsituation schaffen und habe sich darum den Standort in Groß Schwaß ausgesucht. Er biete sich an, weil das Gasheizkraftwerk, die Abnehmer im Tannenweg und der Einspeisepunkt Schutow nahe beieinanderliegen. In der Region Rostock wurden laut Landesentwicklungsministerium seit 2011 acht Ausnahmegenehmigungen erteilt. Eine davon betrifft die Hansestadt.